26.5.1876

ZUM AUFTRETEN IN DER MINDERHEITENFRAGE

1. In der Minderheitenfrage hat sich der Gang der Dinge in der letzten Zeit wieder sehr beschleunigt. Die Regierung intensiviert ihre Bemühungen, das Volkszählungsgesetz trotz allem Widerstand durchzukriegen und im Parlament beschließen zu lassen. Daran liegt ihr sehr viel, denn das Minderheitenproblem ist ein altes ungelöstes Problem der Bourgeoisie, das seit Ende der 60er/Anfang der 70er-Jahre aufgrund des wachsenden Widerstands der Slowenen - der sicherlich im Zusammenhang mit der allgemeinen Enwicklung der internationalen und nationalen politischen Lage steht - wieder verstärkt eine Rolle im politischen Leben spielt. Der Lösungsversuch 1972/73 (Ortstafelgesetz) scheiterte. Er war ein reaktionärer Lösungsversuch und weit davon entfernt, den Minderheiten die notwendigen Rechte zu gewähren. Die Ortstafeln waren an einen Slowenenanteil von 20% gebunden. Aber er wollte zugleich eine Minderheitenfeststellung (MHF) umgehen, um nicht damit der GDemokratie offen ins Gesicht zu schlagen. Dagegen liefen die offen chauvinistischen und offen reaktionären Kräfte Sturm. Das Ortstafelgesetz wurde nicht durchgeführt. Spätestens seit dem "Ortstafelsturm" 1973 kann sich jeder vorstellen, daß jede MHF unweigerlich eine gewaltige Zunahme der chauvinistischen Hetze, Diskriminierung und Unterdrückung bedeuten würde.

   Heute harrt das Minderheitenproblem nach wie vor einer Lösung. Die Minderheitenorganisationen selbst sind allerdings in den letzten Jahren politisch stärker geworden und der Linksdrang im Volk machte sich auch in der Haltung der Massen zur MHF bemerkbar, nicht zuletzt auch in Kärnten selbst. In einer solchen Situation muß die Bourgeoisie so rasch es ihr möglich ist, eine Lösung des Problems herbeiführen und den im Lauf der Zeit immer mehr anwachsenden Widerstand der Minderheitenorganisationen selbst sowie im Volk überhaupt gegen die Entrechtung und Unterdrückung der Minderheiten und gegen ihre reaktionäre Minderheitenpolitik brechen. Zugleich nehmen ihre offen reaktionären Reserven ab, v.a. der KHD verliert in Kärnten an Einfluß - wie z.b. seine letzte Kundgebung in Völkermarkt zeigt (statt der erwarteten 13.000 nur 4.-5.000 Teilnehmer), was alles die Durchsetzung einer reaktionären Lösung des Minderheitenproblems sowohl umso dringender, als aber auch schwieriger macht.

2. Aufgrund dierser Entwicklung, nicht weil sie dem KHD und der offenen Reaktion nachgibt - im Gegenteil hat diese ja seit 73 an Boden verloren - orientiert sich die Regierung seit 1973 selbst auf eine MHF und hat auch hier vollständige dr Rolle der Speerspitze der Reaktion der Bourgeoisie übernommen. Das müssen wir in unserer Agitprop ebenso herausarbeiten wie das Zusammenspiel - bei gleichzeitigen heftigen Widersprüchen aufgrund des Volkswiederstands - aller 3 Parlementsparteien. Um ihre reaktionäre Politik durchzusetzen benutzt die Regierung die offenen Reaktionäre und sogar Faschisten, wertet sie auf (Wagner in Völkemarkt, Einladung des KHD zu den parlamentarischen Verhandlungen), bedient sich ihrer als Druckmittel ge-

gen die Minderheiten, redet sich auf sie aus und grenzt sich auch wieder davon ab. Der KHD sei reaktionär, aber mächtig - das kann man in der AZ genauso lesen wie seine Apostrophierung ls " Vertreter ' oder Sprecher " der deutschsprachigen Mehrheit der Kärntner Bevölkerung. Die Macht des KHD besteht aber heute v.a. darin, daß sich die bürgerlichen Parteien auf ihn stützen und daß er von der SP-Regierung jetzt systematisch aufgewertet wird. Die Vorgänge um den Scrinzi-Vortrag haben diese Einschätzung, die bereits in der letzten Zeitung steht, vollkommen bestätigt. Man kann nicht den KHD aufwerten, aber zugleich tatenlos zuschauen, wenn ein Gesinnungsgenosse des KHD von der UNI verjagt wird. Das war vor einigen Jahren noch anders, und daher auch das Verhalten der Polizei wie auch z.B. der SP-Führung gegenüber dem VSStÖ. Weil wir das nicht vorher konsequent durchüberlegt hatten, waren wir beim Scrinzi-Vortrag auch nicht auf die Vorgangsweise des Rektors und der Polizei vorbereitet. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, sich über die Aufwertung der offenen Reaktonäre durch die Regierung Klarheit zu verschaffen, sie anzupr angern undden Kampf dagegen zu führen. Damit haben wir bereits mit inserer Initiative gegen die Teilnahme des KHD an den Verhandlungen am 13.5. begonnen und er muß entschieden fortgesetzt werden. Er wird geführt als Teil des Kampfes um die klare Stoßrichtung gegen die Minderheitenpolitik der Regierung. Nur so können wir auch falschen Auffassungen und einer falschen Linie des Kampfes gegen den KHD entgegentreten, wie sie von den Revisionisten, Linken Reformisten, zum Teil von den MHorganisationen, aber auch von der VRA vertreten werden. Diese Linie faßt sich zusammen in dem Satz: "Die Regierung hat kapituliert vor der Reaktion!" und ist meist verbunden mit falschen Auffassungen über den Faschismus im Österreich von heute, über das V_rhältnis zwischen der SP-Regierung und faschistischen Organisationen und Aktivitäten, das im allgemeinen ja anders aussieht als in der MHfrage, wo die Regierung besonders den KHD gut brauchen kann.
Diese Linie ist v.a. markenzeichender Revisionisten.

3. UNgeachtet der Aufwertung des KHD verfolgt die REgierung weiterhin die Taktik, eine MHF zwar mit allen Mitteln durchzusetzen, ohne aber dabei vollkommen ihr demokratisches Mäntelchen abzustreifen. Sie konzeptriert sich gegenwärtig darauf, die Slowenenorganisationen mit dieser oder jener Versprechung, mit diesem oder jenem Zugeständnis zu ködern.und sie dadurch in der MHfrage insgesamt "gesprächsbereit" zu machen, d.h. von der klaren Ablehnung jeder MHF abzubringen. Dadurch soll die bisherige Einheit der Slowenenorganisationen zerstört und v.a. das übrige Volk gegen sie aufgebracht werden, weil sie - obwohl die Regierung jetzt als Leitsatz "Zuerst fördern - dann zählen" proklamiert - "mit nichts zufrieden sind." Zu diesem Zweck ist der Entwurf zum VGG überhaupt ins Spiel gebracht worden, zu diesem Zweck hat die Regierung vor einigen Tagen einen leicht veränderten Entwurf - die direkten Provokationen, auf die wir in der Zeitung hingewiesen haben sind z.Teil entfernt worden - im Ministerrat verabschiedet und dem Parlament zugeleitet. Von den notwendigen Rechten für die MH ist auch im überarbeiteten Entwurf.keine Rede, im Gegenteil wird die Entrechtung der MH unterdem Deckmantel der "Förderung" festgeschrieben. Deshalb und weil es nur ein Manöver zum Zweck der Durchsetzung des Volkszählungsgesetz4es ist, lehnen wir das VGG entschieden ab.

Dem VGG gilt im Moment das Hauptaugenmerk der Regierung, während sie sich in der Frage des VZG alles offenläßt. Will "Kreisky die Sache in die Länge ziehen kann er auf die Expertenaussage" des Präsidenten des Statistischen Zentralamts beim Parlamentsunterausschuß verweisen, wonach eine VZbesonderer Art erst Ende 77 durchgeführt werden könnte - aus "statistischen Gründen". Geht es führer, kann Kreisky sich auf den Vorschlag Wagners beziehen schon im Herbst eine "Personenstandserhebung" hinsichtlich der MHfragezu machen, dwas einfacher, schneller und billiger ginge. Was tatsächlich weiter geschieht, hängt von der weiteren Haltung der Slowenenorganisationen ab, und ebenso von der Entwicklung der Bewegung gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der Regierung. Wo bei den Verhandlungen über das VGG die Gefahren für die Slowenenorganisationen liegen, darauf haben wir in der lezten Zeitung hingewiesen. Es geht darum , daß die Slowenenorganisationen an ihrer klaren Ablehung dieses Gesetzes festhalten. Die Regierung verfolgt, um sie davon abzubringen, und um sie vom übrigen Volk zu isolieren eine doppelte Taktik: einerseits wird verhandelt, werden unbedeutende "Kompromisse" geschlossen und Versprechen gemacht, um die Slowenenvertreter einzukochen. Andererseits werden sie massiv unter Druck gesetzt, indem der Gesetzesentwurf - ungeachtet aller Verhandlungen - ins Parlament und seiner "verfassungsmäßigen Behandlung" zugeleitet wird. In der "Wiener Zeitung" wird zynisch vermerkt, daß sich durch die Verhandlungen immer noch etwas an dem Gesetz ändern könnte, weil ja die Vertreter der 3 Parlamentsparteien, die zusammen mit den Vertretern des Bundeskanzleramtes den Slowenenvertretern gegenübersitzen, im Parlament Änderungen vorschlagen könnten. Abgesehen davon, daß es schon ein arger Zynismus ist, darauf hinzuweisen, wer hier noch etwas ändern kann, ist es v.a. so, daß sich unentrinnbar der Zeitpunkt nähert, zu dem es heißen wird: "Jetzt wird das Gesetz endlich beschlossen"."Wenn Ihr - die Slow.organisationen - weiter so stur seid, werdet ihr gar nichts kriegen"! So soll den Slow.organisationen das Kreuz gebrochen und sie v.a. isoliert werden.Das ist eine ernste Gefahr. Sie droht bereits fürJUni.

4. Andererseits entwickelt sich die spontane Bewegung gut. Dafür waren die Ereignisse um den Scrinzi-Vortrag der letzte Beweis. Damit aus dieser spontanen Bewegung etwas wird, damit die Bewegung für die Rechte der MH und gegen die MHpolitik der Regierung erfolgreich aufgebaut werden kann, damit auch die Slowenenorganisationen einen festen Boden unter den Füßen bekommen, bei den Verhandlungen an ihrer Ablehnung der beiden Gesetze konsequent festhalten und gegenüber den möglichen Manövern der Regierung gewappnet sind, dafür ist entscheidend, daß auf einer richtigen politischen Linie aufgetreten wird. Hier müssen wir unsere Anstrengungen entschieden vervielfachen. Wir müssen uns klar machen, wer sich in dieser Auseinandersetzung gegenübersteht, worum es eingentlich in ihr geht und wo wir im Moment stehen. Worum es geht ist die Verwirklichung der besonderen Sprachenrechte, die die KBs und KGs auf der Klagenfurter Konferenz beschlossen haben. Da es sich um besondere Rechte handelt sind nur die MHeiten unmittelbar davon betroffen, aber die Durchsetzung dieser Rechte ist natürlich ein Anliegen der ganzen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Diese haben ein Interesse daran, daß die slow. kroatischen und magyarischen Arbeiter und anderen Werktätigen in gleicher Weise am Klassenkampf teilnehmen

können,keiner Unterdrückung und Diskriminierung ausgesetzt sind, und daß dem Chauvinismus der Boden entzogen wird, denn der Chauvinismus spaltet das Volk und bringt es vom Weg des Klassenkampfes ab. Wir streben also an, in der MHfrage in die Offensive zu kommen im Kampf um diese Rechte bzw. Kräfte für diese Offensive zu sammeln. Das ist deshalb so und kann gar nicht anders sein, weil wir nichts haben und daher nichts zu verteidigen haben, sondern etwas wollen - während die Bourgeoisie gegenüber unseren Bestrebungen die bestehende Entrechtung der MH verteidigt. Das würde sich auch nicht dadurch ändern, daß wir das VZG und die MHF nicht verhindern könnten. Bloß wären die Kampfbedingungen durch die Anheizung des Chauvinismus, die weitere Unterdrückung der MH und die Zeitweilige"Erledigung" des Problems empfindlich verschlechtert. Ein entscheidender Faktor beim Sammeln der Kräfte für die Offensive ist Klarheit über die positiven Forderungen um die der Kampf letztlich geführt werden muß. Ohne das wird keine dauerhafte Kampffront gegen die MHpolitik der Regierung aufgebaut werden können. Die verschiedenen bür-gerlichen Kräfte in der Bewegung haben als positive Orientierung die Verwirklichung des Artikel 7 des Staatsvertrages auf ihre Fahnen geschrieben. Das reicht nicht, weil der Art.7 die Rechte der MH nur in allgemeiner Form proklamiert, sie aber nicht konkret klar und eindeutig bestimmt. Jedenfalls geht die Auseinandersetzung mit den Art.7 -Fanatikern nicht darum, ob man eine positive Orientierung im Kampf gegen die MHpolitik der Regierung braucht, sondern ob eine allgemeine Orientierung genügt, oder ob man klare Forderungen braucht. Daß man sie braucht, sieht man auf Schritt und Tritt. So beziehen sich z.B. auch Leute wie der RFS, wenn sie eine MHF verlangen, auf den Art.7, war natürlich dessen Geist und Inhalt völlig widerspricht, aber seine Unzulänglichkeit zeigt. So sieht man, daß die mit dem Bundeskanzleramt verhandelnden Slowenenvertreter mangels klarer Forderungen , wie wir sie erheben, keinen Boden unterden Füßen und keinen Maßstab zur Beurteilung von Regierungsvorschläger haben. Mit der Berufung auf den Art.7 und mit einem Wust von allerlei mehr oderweni - ger wichtigen, ausgetüftelten, darunter vielen kleinbürgerlichen Forderungen findet man sich nicht zurecht und kann man auch keine Kampfperspektive haben.
Es geht daher darum, daß wir einen ganz entschiedenen Kampf um die Durchsetzung unserer Forderungen nach besonderen Sprachenrechten der MH führen, d.h. sie in der Propaganda stark hervorstreichen, alle, v.a. die MH-Organisationen selbst dafür zu gewinnen trachten, sie auch als Inhalt eines Gesetzes vorschlagen, das wir und das v.a. die MH-Organisationen dem VGG entgegenstellen sollten und sie in den Plattformen der Komitees (siehe unten) zu verankern trachten.

5. Wo stehen wir in diesem Kampf aber heute? Heute nimmt die Regierung auf eine MHF Kurs und will dann die beiden obengenannten Gesetze durchbringen. Die notwendigen Rrechte der MH werden mit Füßen getreten, statt erfüllt zu werden. Ihre Entrechtung und Unterdrückung wird aufrecht erhalten, ja in mancher Hinsicht sogar verstärkt. Gegenwärtig geht es daher zu allererst darum, für die Forderungen einzutreten:
WEG MIT DEM VZG! WEG MIT DEM VGG!

Gegen diese beiden Gesetzesentwürfe müssen wir gegenwärtig die Speerspitze im Kampf gegen die MHpolitik der Regierung und für die MH-Rechte richten. Auf ihrer Grundlage streben wir AEen für einzelne Demonstrationen u.s.w. an. Aber darum geht es im Rahmen des gesamten Kampfesgegen die reaktionäre MHpolitik der Regierung und für die Rechte der MH. Es wäre verfehlt, die taktische Situation nur im Hinblick auf eine zeitweilig im Vordergund stehende Teilfrage zu betrachten und das zu verabsolutieren und der aktuellen Auseinandersetzung einen "deffensiven" Charakter zuzuschreiben. Das geschieht, wenn z.B. die Revisionisten und in ihrem Fahrwasser der Club Slowenischer Studenten meinen, daß durch die geplante MHF"die Rechte der Minderheiten in höchstem Grad bedroht sind". Daß hier etwas nicht stimmen kann, sieht man daran, daß es diese Rechte gar nicht oder nur in äußerst verstümmelter Weise gibt, wenn man von ihrer allgemeinen Proklamation im Art.7 des Staatsvertrags absieht, der in seiner papieren-en Gestalt nicht bedroht ist. Stellt man sich nicht auf den Standpunkt z.B. die 20%-Klausel (Ortstafelgesetz 72) gegen die geplante 25%-Klausel verteidigen zu wollen, dann gibt es keine Rechte zu verteidigen. Die Verschlechterung sogar hinsichlich der heute weng auch nur auf dem Papier bestehenden und völlig verstümmelten Rechte der MH, die im Volkszählungsgesetz und im VGG zweifellos zu finden sind, sind nicht der entscheidende Gesichtspunkt unter dem man diese Gesetze betrachten muß. So wie der Lösungsversuch der Bourgeoisie von 72 die Reaktion auf die aufstrebende Bewegung v.a. unter der slowenischen Jugend war, so geht es nach wie vor darum, im Kampf um die MHrechte voränzukommen und Kräfte für eine Offensive in diesem Kampf zu sammeln, auch wenn in der jetzigen Phase zuallererst die neuerlichen Anschläge der Regierung abgewe-hrt werden müssen. Eine solche Sichtweise ist sehr wichtig, denn nur sie eröffnet einem die richtige Perspektive und läßt auch die entscheidende Bedeutung unserer Forderungen nach MHrechten hervortreten. Auch ermöglicht sie einem erst die ganze Auseinandersetzung in ihrer Entwicklung zu sehen, und Änderungen der Kräfteverhältnisse und Kampfbedingungen korekt einzuschätzen. Unklarheiten darüber haben schlechte Folgen. Z.B. müßten sich die Slowenenverbände klarmachen, daß bei den gegenwärtigen Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt über das VGG in erster Linie gar nicht über die Gew-ährung von Rechten an die MH verhandelt wird, sondern in erster Linie darüber, ob diese sich einfangen lassen und im Widerstand gegen das VZG+nachlassen +und die MHF+, daß man auch das VGG in diesem Licht betrachten muß, daß man jetzt zuallererst die beiden Gesetzesentwürfe zu Fall bringen muß, um in die Offensive zu kommen im Kampf um die Minderheitenrechte. Unklarheiten der Slowenenvertreter über diese Rechte, und Unklarheiten über die gegenwärtige taktische Situation, - was natürlich beides mit dem Fehlen eines proletarischen Klassenstandpunktes zusammenhängst, - das bringt große Gefahren mit sich. Es liegt an uns, dem nach Kräften entgegenzuwirken.

6. Die Bewegung gegen die MHF und konkret gegen das VZG und VGG sowie für die MHrechte entwickelt sich günstig. Sie hat in Klagenfurt bereits in einer starken Demonstration Ausdruck gefunden, wenn diese auch noch hauptsächlich(zu zwei Drittel) von Slowenen selbst getragen wurde. Auch im übrigen Österreich wächst

und verbreitet sich der Protest. Nach wie vor stimmt unsere Einschätzung, daß der Widerstand und Protest gegen die Pläne der Regierung diese bereits in Schwierigkeiten gebracht hat. Davon ist die Taktik der Regierung geprägt. Wir müssen diese Schwierigkeiten ausnützen und den Druck verstärken. Es bestehen Chancen, die Beschlußfassung der beiden Gesetze zu verhinder-n, jedenfalls zu verhindern, daß sie noch vor dem Sommer beschlossen werden. Die "zügige Vorgangsweise" der Regierung beim VGG ist vor allem als Druckmittel einzuschätzen und widerspiegelt eher die Schwierigkeiten als die Stärke der Regierung.

7. Ein wichtiger Schritt in der Bewegung ist die Demonstration am 31.5. Eine weitere wichtige Sache wird der Auf-bau eines Komitees in Wien sowie auch in anderen Städten sein. Die Position der ML in der Bewegung insgesamt ist stärker geworden, Zwar sind die Klagenfurter GEnossen etwas in Schwierigkeiten, nicht zuletzt aufgrund eigener Fehler und v.a. aufgrund der Vernachlässigung des ideologischen Kampfes gegen den Revisionismus. Besser sind die Kräfteverhältnisse im inzwischen gegründeten Salzburger Komitte und auch die Plattform ist insofern klarer als in Klagenfurt , als die beiden Forderungen:weg mit dem VZG! Weg mit dem VGG! drinstehen. Auch in Wien soll auf Initiative der Revisionisten, die auch den Club Slowenischer Studenten in der Hand haben, ein komitee gegründet werden. Das s etzt unter anderem die "Versöhnung" bzw. Vereinigung des Wiener Solidaritätskommitees für die Rechte der Kärntner Slowenen und der burgenländischen Kroaten", eine Papiergründung der Revisionisten mit Hinzuziehung einiger "konfressioneller" Revisionistenbüttel, und des "Aktionskomitees", in dem Leute wie Smole (Rat der Kärntner Slowenen), Trar (SJ), Irnberger (Kurier Red.) und andere sind, die alle ziemliche Widersprüche zu den Revisionisten haben. und sich nicht ständig von diesen unter Druck setezn, einschränken, ausnützen und hineinlegen lassen wollen.

Widersprüche zu den Revisionisten gibt es auch seitens der Kroaten. Was aber das Wichtigste ist, ist daß die Slowenenzentralorganisationen v.a. aufgrund der üblen Machenschaften der Revisionisten ebenfalls kein ungetrübtes Verhältnis zu ihnen haben.

Wir haben versucht, mit den Slowenenzentralorganisationen Verbindung herzustellen (unser Brief vom 20.4., unsere Initiative zum 13.5., persönliche Gespräche in Klagenfurt am 24./25.5. usw.) und bei ihnen an Boden gewonnen. Das ist in gewisser Weise sicherlich durch unsere Demonstration am 9.4, die begrüßt wurde, und durch die Initiative [illegible] gegen den KHD gelungen, insbesondere ist diese Initiative in Klagenfurt sowohl vom "Solidaritätskomitee" als auch von den an ihm beteiligten Organisationen aufgegriffen worden. Außerdem haben wir versucht, in bilateralen Gesprächen mit den oben angeführten Personen und Organisationen eine Front aufzubauen, die für ein breites, alle in Frage kommenden Kräfte umfassendes und demokratisch aufgebautes Komitee auf möglichst klarer Grundlage und gegen die Machenschaften der Revisionisten eintreten, die einige ausschließen, einige zwar ausnutzen, aber zugleich ausschalten wollen (die "Aktionskomitee"leute) und eine möglichst falsche und die Bewegung entwaffnende Plattform durchsetzen wollen. Die Chancen in dieser Richtung sind nicht schlecht. Es ist nicht mehr so, daß die Revisionisten in der Bewegung schalten und walten können wie sie wollen.

Angesichts unseres wachsenden Einflusses und der Unterminierung der Position der Revisionisten hat sich der ideologische Kampf in der Bewegung sehr verstärkt. Die Revisionisten bauen ihre Positionen immer mehr aus. Das reaktionäre Wesen dieser Positionen tritt immer deutlicher hervor. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, einen scharfen, umfassenden und tiefgehenden ideologischen Kampf gegen die Revisionisten zu führen.

Weiters schrecken die Revisionisten natürlich vor keiner Spaltertätigkeit und Schwächung der Bewegung zurück. Diese Spaltertätigkeit richtet sich v.a. gegen uns, aber auch gegen den Rat der Kärntner Slowenen und die "Aktionskomitee"-Leute, auf die sie andererseits wegen ihrer guten Verbindungen zu Politikern, Journalisten usw. sehr scharf sind. Der Rat wird als reaktionäre, klerikale, antikommunistische und ÖVP-nahe Organisation verteufelt. Das hat schon sein Wahres. Der Rat ist das "katholische Lager unter den Slowenen" und war früher mit der ÖVP verbunden, hat sich aber im ZUg der Zuspitzung der MHfrage ebenso von der ÖVP gelöst, wie der Zentralverband Slowenischer Organisationen in Kärnten von der SPÖ. Im Zentralverband haben die Revisionisten stärkere Positionen. Obwohl Rat und Zentralverband politisch einheitlich auftreten, unbedingt in gleicher Weise als - natürlich kleinbürgerliche - Vertretungsorganisationen der Slowenen anerkannt werden müssen und gerade die Einheit der beiden Organisationen entscheidend ist, versuchen die Revisionisten, ihre Vorherrschaft in der Bewegung dadurch zu sichern, daß sie hetzen und spalten. Das haben sie dringend notwendig, denn inhaltlich fallen sie selber in ihren Pesitionen hinter das zurück, was etwa der Rat zur MHfrage sagt, sind sie selbst der reaktionärste Teil in der Bewegung. Weil wir dem entgegentreten und in dieser Hetze und Spalterei nicht mitmachen, gibt das gleich eine Gelegenheit zur Verteufelung auch von uns, wird uns Zusammenarbeit mit den "Reaktionären" des Rats vorgeworfen. Solche Vorwürfe müssen offensiv zurückgewiesen werden, indem die Rolle der Revisonisten angeprangert wird.

Es ist damit zu rechnen, daß bald ein Komitee in Wien gegründet wird. Wir setzen unsere Anstrengungen fort, aller Spaltertätigkeit entgegenzutreten und alle , die von den Revisionisten bereits genug haben, trotzdem für den Gedanken eines einheitlichen Komitees zu gewinnen - auf einer richtigen politischen Grundlage und mit einem demokratischen Aufbau. Nur so kann ein Gegengewicht gegen die Revisionisten geschaffen werden. Dabei haben wir auch schon einige Erfolge erzielt. So haben wir uns z.B. mit den "Aktionskomitee"-Leuten weitgehend verständigt. Auch mit den Slowenen-zentralorganisationen haben wir darüber gesprochen. Sie unterstützen unsere Vorstellungen über ein Komitee.

Natürlich wird der Linienkampf im Rahmen eines solchen Komitees noch viel schärfer fortgeführt werden als bisher, zumal wir jetzt entschieden in eine ideologische Offensive gehen werden. Die Revisionisten werden alles tun, um jedes Leben und jede Demokratie in so einem Komitee zu ersticken, es ihrem Kommando zu unterwerfen und es notfalls zu spalten. Aber noch ist es nicht so weit und je ärger sie es dann treiben, desto mehr werden sie idoliert werden. Es ist natürlich auch

möglich, daß kein einheitliches Komitee zustandekommt (eine Gründungssitzung ist bereits gescheitert, weil die "Aktionskomittee"-Leute nicht erschienen sind) oder eine neue revisionistische Scheingründung. Dann werden wir von uns aus daran gehen, ein Komitee aufzubauen.

Wir schlagen auch den Aufbau von Komitees in Innsbruck, Linz und Graz vor. Das ist erstens notwendig für die Weiterführung des Kampfes und zweitens stärkt es unsere Position im nationalen Maßstab, weil die Revisionisten dort schWächer sind.

8. Zur Demonstration am 31.5. ist folgendes zu sagen. Sie kann gut an die Scrinzi-Sache anknüpfen und hat dabei Kräfte wie die ÖH, die Widerstandsbewegung, aber auch Sozialdemokratiesche Organisationen (VSStÖ, BSK) hineingezogen. Eine ziemlich große Anzahl von Organisationen ruft dazu auf. Zur Vorgeschichte ist zu sagen, daß die Initiative zu einer solchen Demonstration von uns ausgegangen ist und dies gegen den größten Widerstand des KSV und des Clubs Slowenischer Studenten durchgesetzt werden mußte. Das war am Ballhausplatz. Angesichts der dort versammelten Massen und deren Stimmung mußten sie mit mulmigen Gefühl zustimmen - konnte ihnen doch eine solche Demonstration und die damit vorhandene Öffentlichkeit bei ihren hinter den Kulissen stattfindenden Komiteegründungsplänen in die Quere kommen. Für den 31.5. wird die Demonstration geplant, weil an diesem Tag wieder im Bundeskanzleramt verhandelt werden soll. Zweifellos wird sie den Slowenenvertretern den Rücken stärken und die andere Seite unter Druck setzen. Leider ist es zu keiner Aktionseinheit gekommen.
Die Revisionisten wollten erstens uns mit allen Mitteln draußen haben und zweitens dem VSStÖ die Möglichkeit geben, gegenüber den Studenten zu sagen, er beteilige sich eh, und gegenüber dem SPÖ-Parteivorstand das Gegenteil. So gibt es jetzt ein Flugblatt, auf dem der Club Slowenischer Studenten, der Kroatische Akademikerbund, die ÖH und die Widerstandsbewegung zur Demonstration aufrufen und diverse "Christen, Sozialisten und Kommunisten" deren Organisationsnamen verschwiegen werden, das unterstützen. Erstens wiederspricht so eine Vorgangsweise völlig dem Sinn und Zweck von Aktionseinheitsabsprachen zwischen Organisationen, nämlich daß die Anhänger verschiedener Organisationen aufgerufen werden, denn außer den Revisionisten fühlt sich sicher niemand von der obigen Floskel angesprochen. Zweitens gehen wir davon aus - und haben das bei der AE-sitzung auch erklärt, -, daß damit offensichtlich keine uns einschließende AE gebildet wurde und auch nicht werden sollte und wir uns daher an keinerlei Absprachen gebunden fühlen. Wir werden mit unseren Transparenten, Flugblättern und der Zeitung das Bild der Demonstration entscheidend zu prägen versuchen.DieVorgangsweise der Revisionisten muß öffentlich angeprangert werden und ebenso die Arschkriecherei desVSStÖ vor dem SPÖ-Parteivorstand. So wird das Schlechte auch seine guten Seiten haben.

9. Die politische Linie, auf der wir auftreten, wir v.a. durch die folgenden Forderungen und Losungen umrissen:
Weg mit der Minderheitenfeststellung!
Weg mit dem Volkszählungsgesetz!
Weg mit dem Volksgruppengesetz!

Keine Verhandlungen mit dem KHD!
Gegen die Aufwertung offen reaktionärer und chauvinistischer Organisationen durch die Regierung!
Gegen das Zusammenspiel der bürgerlichen Parteien in der MH-Politik
Forderungen nach besonderen Sprachenrechten gemäß dem Beschluß der Klagenfurter KOnferenz.

Gesetzliches Verbot jeder Diskriminierung der Minderheiten!

Die letzte Forderung ist eine wichtige Ergänzung zu den Forderungen nach Sprachenrechten. Es ist nämlich so, daß die MH-Organisationen eine Reihe von mehr oder wenigerrichtigen und wichtigen Forderungen erheben. Wir unterstützen zum Teil diese Forderungen nicht, weil es kleinbürgerlich nationalistische Forderungen sind. Aber wir treten unbedingt gegen jede Diskriminierung der Minderheiten und gegen jede Unterdrückung dieser Forderungen ein.

10. Noch einige Worte zu unserem Auftreten hier in Wien bzw. überhaupt außerhalb Kärntens: Im RS 59 ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Bedingungen des Auftretens nicht überall gleich sind: "In Wien treten die breiten Massen zwar noch nicht gegen die MHF auf, wenn sie aber erkennen, worum es dabei geht, nehmen sie durchaus eine positive Haltung zu den Minderheiten ein und lehnen die MHF ab. Die chauvinistische Hetze gegen die Minderheiten hat hier nicht verfangen." Und "Unsere Aufgabe ist es , am Aufbau einer Kampffront gegen die MHF, was eine unmittelvare aktuelle Aufgabe ist, mitzuwirken, d.h. die Front den Protest zu verbreitern und klarer zu machen , und die Massen von einer passiven Einstellung zu einer aktiven Haltung gegen die MHF zu bringen, zu diesem Zweck eine breite Aktionseinheit und Beschlüsse in organisierten Menschenzusammenfassungen anzustreben, v.a. gegenüber der chauvinistischen Hetze und den Spaltungsmanövern der Reaktion äußerst wachsam zu sein und ihnen entgegenzuwirken, in diesem zusammehang den Minderheitenorganisationen den Rücken zu stärken und dazu starken Einfluß und die teilweise Führung durch den Reformismus und Revisionismus in diesn Organisationen bekämpfen." (RS 59, S.4)
Das gilt nach wie vor. Vor allem darf man sich nicht durch die starke Demonstration gegen Scrinzi, deren Größe - an der Universität - ihre besonderen Gründe hatte, daüber hinwegtäuschen lassen, daß es weiterhin vla. darum geht, eine öffentliche Meinung für den Kampf um MHrechte und gegen die reaktionäre MHpolitik der Bourgeoisie zu schaffen und die Menschen für ein aktives Auftreten zu gewinnen. Das muß man gerade auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration beachten.

11. Die KPÖ-Revisionisten haben eine äußerst zweifelhafte Haltung zu unseren Forderungen nach Sprachenrechten für die Minderheiten. Diese Forderungen waren ein Hauptstreitpunkt bei den AE-verhandlungen. Zwar haben sie es nicht gewagt, sie offen als "falsch" oder zumindest als "zu unrealistisch" abzulehnen, aber sie sind faktisch beharrlich dagegen aufgetreten. Um diese Forderungen aus lauter Opportunismus, Angst und Kapitulation vor dem Chauvinismus und "österreichischer " Staatstreue vom Tisch zu kriegen, verwenden sie das Argument, daß ja das alles im Art.7 des Staatsvertrags enthalten sei. Warum sind sie

dann aber dagegen? Das zeigt erstens, wie unzureichend der Art.7 ist, zweitens, welche verstümmelte Auslegung des Art.7 auch die KPÖ-Revisionisten betreiben. Sie wollen keinesfalls klare und konsequente Forderungen erheben, sie wollen sich nicht zu sehr "exponieren". Dementsprechend haben sie auch keine klare ablehnende Haltung zum VGG.
Sie haben versucht, nichts oder möglichst wenig dazu zu sagen. Auch hier können sie natürlich nicht offen gegen die Forderung Weg mit dem Voksgruppengesetz! auftreten. Sie "vergessen" sie nur beharrlich. So auch der Club slowenischer Studenten in einem Flugblattentwurf bei den AE-verhandlungen. Dazu muß man sich folgenden Passus aus einem Beschluß der Kärntner KPÖ zu Gemüte führen:

"Wenn nun sowohl die Vertreter der Parteien im zuständigen Verfassungsausschuß des Parlaments als auch die Vertreter der Kärntner Slowenen mit den letzten Gesprächen in Wien über das Volksgruppengesetz einen gewissen Optimismus zum Ausdruck bringen, so bestätigt dies die Richtigkeit der wiederholt geäußerten Meinung der KPÖ, daß der Weg zur Klärung ungelöster Fragen nicht in einem Konsens ihrer Gegner und in einer Minderheitenfeststellung gegen den Willen der Minderheiten bestehen kann, sondern nur in echtenVerhandlungen zwischen Regierung und Gesetzgebung auf der einen und den Vertretern der Minderheit in Kärnten auf der anderen Seite mit dem Ziel, dendlichen den Artikel 7 des Staatsvertrages dem Sinn und Wortlaut entsprechend zu erfüllen." (VS, 15.Mai)

Diese üble Haltung, die - wenn sie sich durchsetzen würde - die Bewegung nur völlig zugrunderichten könnte, ist die politische Grundlage für das praktische Auftreten der Revisionisten, wie es oben geschildert wurde. Im Kampf gegen sie müssen wir sie v.a. bei ihrer Haltung zu den notwendigen Minderheitenrechten stellen.
Zu erwähnen ist noch,daß wir im Club Slowenischer Studenten in Wien eine vierköpfige Fraktion eingerichtet haben.

Ich hoffe, daß dieses RS die politische Arbeit in der Minderheitenfrage verbessern hilft. Dazü muß es zusammen mit bisherigen Rundschreiben, Artikeln, v.allem aber mit den Klagenfurter Beschlüssen genommen werden.

W.L., 25.5.1976